

Aus der Sozialdemokratie.

Ein neues sozialdemokratisches Flugblatt gegen die Parteileitung. Die Chemnitzer „Vollstimme“ teilt mit, daß in Berlin am Freitag, den 9. Juli, in ganz systematischer Weise von der organisierten Parteiopposition ein Flugblatt verbreitet worden ist, das mit den schärfsten Waffen gegen die Beschlüsse der Parteinstanzen, Reichstagsfraktion und Parteivorstand vorgeht. Das Flugblatt wiederhole in ganz zusammenfassender Weise all den „Phrasenschwall“, der in der „Berliner Tagwacht“, in der Rundgebung der „Parteiotabellen“ und in dem bekannten Pronunziamento über die strittige Frage gesagt worden ist. U. a. heißt es in dem Flugblatt:

„Wir denken gar nicht daran, die Partei zu verlassen oder sie zu spalten . . . Wir wollen drin bleiben und nach Kräften arbeiten, der Partei den sozialdemokratischen Charakter zu wahren. Wir wollen dafür sorgen, daß die Reden der Sozialdemokratie wieder im Einklang stehen mit ihren Taten und die Taten mit ihren Reden . . . Darum Genossinnen und Genossen, eure verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist es, die gelichteten Reihen zu schließen, das Parteileben nicht einschläfern zu lassen. Versäumt keine Parteiveranstaltung. Fehlt bei keiner Parteiarbeit, übernehmt alle verwaisten Posten! Und vor allen Dingen: Erscheint an jedem Jahlabend. Zu jeder seine Pflicht im Sinne unserer sozialdemokratischen Grundsätze.“

Angeichts dieses Flugblatts wirft die Chemnitzer „Vollstimme“ die Frage auf:

Darf ein Parteigenosse gleichzeitig Mitglied einer Sonderorganisation sein, die mit den infamsten Beschimpfungen gegen die Beschlüsse der Parteinstanzen systematisch agitiert? Der einzelne Parteigenosse mag das Recht haben, innerhalb der Organisation ohne Rücksicht auf die Folgen die Parteibeschlüsse zu kritisieren, aber es ist unmöglich, die Parteieinheit aufrechtzuerhalten, wenn die Minderheit resp. der mit den Beschlüssen der Parteinstanzen zufriedene Teil der Partei Sonderorganisationen bildet und das, was die Aufgabe der Partei ist, die Klärung der Ansichten herbeizuführen, innerhalb dieser Sonderorganisation vorwegnimmt. Was gedenkt das sozialdemokratische Groß-Berlin gegen diese skandalösen Umtriebe zu tun?

Reichstagsabg. Legien über den Parteistreit. Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Legien, sprach gestern Abend im Zoologischen Garten zu Frankfurt a. M. in einem Vortrag über die Verteuerung der Lebensmittel während des Krieges, auch auf die Wirren in der sozialdemokratischen Partei kam er zu sprechen. Er sagte, wie uns aus Frankfurt gedrahlet wird: Ein kleiner Teil solcher Leute, die rechtzeitig ihren Leib in der Schweiz in Sicherheit gebracht haben, wollen uns von dort aus vorschreiben, wie wir hier in Deutschland unsere Politik einrichten sollen. Ich bin als Sekretär der internationalen Gewerkschaftsorganisation sicherlich nicht chauvinistisch angekränkt, aber wenn dieser Krieg für uns ungünstig ausgeht, dann werden wir am stärksten getroffen, denn wir haben uns in Deutschland eine Arbeiterkultur geschaffen, wie sie in keinem anderen Lande zu finden ist. Aber nicht allein unsere Arbeiterkultur steht auf dem Spiele. Es ist auch sonst nicht gleichgültig, ob das Deutsche Reich in Zukunft als Grenze den Rhein im Westen und die Weichsel im Osten hat. Wir haben das sozialdemokratische Klassenbewußtsein nicht preisgegeben. Aber wir sind auch vaterländisch gesinnt in dem Sinne, daß wir eine Höchstleistung der kulturellen Entwicklung unserer Volksgemeinschaft erstreben. Leider lehnt es

die Sozialdemokratie im Auslande ab, mit uns zur Herbeiführung des Friedens zusammenzuarbeiten, ehe Deutschland niedergeworfen ist.

Eine Erklärung des internationalen sozialistischen Büros. Im Zentralorgan der holländischen Sozialdemokratie „Het Volk“ veröffentlicht das Internationale sozialistische Büro, das gegenwärtig bekanntlich seinen Sitz im Haag hat, eine Erklärung, die sich gegen eine Stelle des vom deutschen Parteivorstande am 23. Juni verfaßten Manifestes „Sozialdemokratie und Frieden“ richtet. Aus diesem Manifest, sagt die Erklärung, könne man den Schluß ziehen, als ob auch die belgische Partei sich geweigert habe, an einer außerordentlichen Sitzung des Exekutivkomitees des I. S. V. teilzunehmen, in der untersucht werden sollte, ob eine Gesamtsitzung mit der Tagesordnung „Einleitung einer Friedensaktion“ möglich wäre. Das Gegenteil sei wahr! Die in Belgien verbliebenen Mitglieder des allgemeinen belgischen Parteivorstandes hätten, trotzdem zurzeit in Belgien keinerlei politische Zusammenkunft möglich sei, und somit eine Befragung der Parteigenossen undurchführbar war, nicht nur ihre Einverständnis mit einer solchen Sitzung des Büros erklärt, sondern auch ganz bestimmte, dahingehende Anfragen nach dem Haag gerichtet. Die „Berliner Tagwacht“ bemerkt dazu: Diese Erklärung richtet sich somit nicht nur gegen den deutschen Parteivorstand, sondern auch gegen den Genossen Vandervelde, der erklärt hat, daß, so lange auch nur ein deutscher Soldat auf belgischem und französischem Boden stehe, von einer Friedensaktion keine Rede sein kann.“